

Ebbe Volquardsen

## Grönland: Unabhängigkeit oder feindliche Übernahme

Die größte Insel der Welt steht vor einem Regierungswechsel: Bei den jüngsten Wahlen zum grönländischen Parlament am 11. März wurde die liberale Partei Demokraatit mit knapp 30 Prozent der Stimmen überraschend stärkste Kraft, sie konnte ihr Ergebnis der vorangegangenen Wahl mehr als verdreifachen. Ihr Vorsitzender, der 33-jährige Jens-Frederik Nielsen, wird wohl nächster Ministerpräsident Grönlands. Auch die unabhängigkeitsorientierte Naleraq-Partei legte deutlich zu und kam auf 24,5 Prozent. Die Parteien der bislang regierenden Koalition – die links-grüne Inuit Ataqatigiit sowie die sozialdemokratische Siumut – landeten dagegen auf dem dritten und vierten Platz. Interessanter als dieses Ergebnis ist jedoch die Frage, warum eine Wahl in dem zu Dänemark gehörenden Territorium mit seinen 56 000 Einwohnern überhaupt internationale Aufmerksamkeit erregte.

Seit Trump vor seiner zweiten Amtseinführung ankündigte, Grönland unter US-Kontrolle zu bringen – diesmal notfalls mit militärischem Druck –, steht die Insel im globalen Fokus. Die Aufmerksamkeit begann, als Trumps Sohn Donald Junior am 7. Januar mit einer Entourage in Nuuk landete, um Propagandavideos von angeblich Trump-begeisterten Grönländern für seine Social-Media-Kanäle aufzunehmen. Er sammelte sozial benachteiligte Menschen vor einem Einkaufszentrum ein, setzte ihnen MAGA-Mützen auf und lud sie für ein paar gute Bilder zum Essen ein. Seitdem hat Trump Senior seine territorialen Ansprüche mehrfach wiederholt, prominent in sei-

ner Rede vor dem US-Kongress und zuletzt im Beisein von Nato-Generalsekretär Mark Rutte. Er interessiert sich für die militärstrategische Lage Grönlands, seine Seltenen Erden und die sich wegen des Klimawandels öffnenden Schifffahrtsrouten.<sup>1</sup> Mit jeder neuen Erwähnung der Annektierungsfantasien steigt in Grönland die Nervosität, in Dänemark das blanke Entsetzen.

Am Tag nach der Wahl lud der scheidende Ministerpräsident Múte B. Egede von der Partei Inuit Ataqatigiit alle Parteivorsitzenden zu einem Krisentreffen ein. In einer gemeinsamen Erklärung missbilligten die fünf Politiker Trumps Forderungen. Grönland sei grönländisch und werde es bleiben. Wahlsieger Nielsen kündigte an, sich um die Bildung einer breiten Einheitsregierung bemühen zu wollen. Stand Mitte März wird die Koalition wohl auch Parteien umfassen, die für eine absolute Mehrheit nicht notwendig sind. Tage nach der Wahl versammelten sich zahlreiche Menschen in Nuuk und anderen Städten zur größten Demonstration in der Geschichte Grönlands. In Nuuk, wo der Demonstrationzug mit dem Singen der grönländischen Nationalhymne vor dem erst vor wenigen Jahren eröffneten US-Konsulat endete, waren es 3500 Menschen. Übersetzt auf deutsche Verhältnisse wären das etwa fünf Millionen Demonstrierende in Berlin.

Nach einem kurzen und gewohnt hitzigen Wahlkampf haben Trumps in immer kürzeren Abständen wiederholte

1 Vgl. auch den Beitrag von Michael Albertus in dieser Ausgabe.

Drohungen die grönländische Politik und Zivilgesellschaft in ihrer Ablehnung einer feindlichen Übernahme geeint. Auch wenn Trump in Grönland nie auf große Sympathie gestoßen ist, war die Haltung gegenüber den USA als möglichem zukünftigen Kooperationspartner keineswegs immer ablehnend. Um das zu verstehen, muss man die Vorgeschichte kennen. Schon als Trump 2019 der dänischen Ministerpräsidentin Mette Frederiksen anbot, Grönland zu kaufen, wurde sein Ansinnen als Missachtung des Selbstbestimmungsrechts der Grönländer, von denen sich rund 90 Prozent als indigene Inuit identifizieren, scharf zurückgewiesen. Dabei hatte der Präsident den Grönländern nolens volens einen Gefallen getan.

Sein Interesse an der Insel unterstrich deren geopolitische Bedeutung und widerlegte die verbreitete dänische Ansicht, Zahlungen an die ehemalige Kolonie seien reine Wohltätigkeit. Kritik und Forderungen der Grönländer werden in Dänemark bis heute oft als Ausdruck von Missgunst und Undankbarkeit gewertet. Indem Trump den Pauschalbetrag, den Dänemark jährlich in den grönländischen Haushalt einzahlt, als Marktwert der militärischen und kommerziellen Präsenz in Grönland erscheinen ließ, stärkte er das Selbstbewusstsein und die Verhandlungsposition der Grönländer, die von Dänemark mehr Autonomie und die Anerkennung historischen Unrechts fordern.

Zeitlich fielen Trumps erste Grönland-Avancen mit Bewegungen wie „Rhodes Must Fall“ und „Black Lives Matter“ zusammen, die auch in Grönland eine bis heute andauernde Debatte ausgelöst haben: Es geht – neben der politischen – um die mentale Entkolonisierung. In Grönland, wo die indigene Bevölkerung ein hohes Maß an politischer Selbstbestimmung erreicht hat, wurde Entkolonisierung lange mit dem formalen Prozess hin zu Selbstverwaltung gleichgesetzt. Tabuisiert blieb da-

gegen das Gespräch über subtilere Mechanismen, die koloniale Strukturen fortbestehen lassen, ebenso wie Forderungen nach einer Überwindung kolonialer Denkmuster und Traumata, die von Generation zu Generation weitergegeben werden. Diese Debatten haben nun eine kritische Masse erreicht.

### Übergriffe im Zuge der Assimilation

Grönland war bis 1953 dänische Kolonie. Da der Kolonialhandel gut an den Produkten der Inuit verdiente – vor allem an dem aus Wal- und Robbenspeck gewonnenen Lampenöl und später an dem für die Aluminiumproduktion wichtigen Mineral Kryolith, an dessen Abbau und Wertschöpfung die Inuit allerdings nicht beteiligt wurden –, gab es aus dänischer Sicht keinen Grund, modernisierend in die Lebensweise der traditionellen Järgergesellschaft einzugreifen. Das änderte sich nach dem Krieg. Als die Vereinten Nationen von den Europäern Entkolonisierung forderten, wählte Dänemark das portugiesische Modell und gliederte Grönland als formal gleichberechtigte Provinz in den Staat ein. Einige grönländische Politiker bezeichnen diesen Schritt heute als Annexion.

Wo sich der portugiesische Staat bis Angola und Mosambik erstreckte, reichte Dänemark fast bis zum Nordpol. Doch während es dem faschistischen Estado Novo-Regime nie gelang, die Weltgemeinschaft von seinen internen Sprachregelungen zu überzeugen – die portugiesischen Kolonien blieben bis 1975 völkerrechtlich Kolonien –, hatte das sympathische Dänemark mehr Erfolg. Die Vereinten Nationen erkannten die Eingliederung Grönlands in den dänischen Staatsverband als Entkolonisierung an. Viele Grönländer empfanden die folgenden Jahre jedoch als eigentlichen Beginn der kolonialen Fremdherrschaft.

Die dänische Politik zielte nun darauf ab, die Inuit zu „Norddänen“ zu

machen und einige von ihnen zu einer dänischsprachigen Elite heranzuziehen. Man wollte den Vereinten Nationen suggerieren, dass Dänen und Grönländer ein und dasselbe Volk seien. Die Maßnahmen entsprachen dem dänischen Selbstverständnis als ethnisch homogene und sozial fortschrittliche Kulturnation. Blutige Unabhängigkeitskämpfe, so glaubte man, könnten anderswo ausgetragen werden – die Grönländer würden bald begreifen, welches Privileg es sei, Bürger in einem der progressivsten Länder der Welt zu sein. Doch diese Annahme hat sich als Irrtum erwiesen. Seit einigen Jahren wird der systematische Charakter der staatlichen Übergriffe im Zuge der Assimilationspolitik immer deutlicher.

### **Das Ende des dänischen Exzeptionalismus?**

Noch 2013 weigerte sich Dänemark, an einer Versöhnungskommission teilzunehmen. Heute ist die Haltung eine andere. Gleich mehrere Expertenkommissionen arbeiten inzwischen jene Maßnahmen auf, die Grönländer als staatliche Übergriffe und Entmündigungen erlebten, darunter systematische Zwangsverhütungen, zweifelhaft adoptierte Praktiken, unfreiwillige Kindsverschickungen und systemischen Rassismus bei Sorgerechtsentzügen. Dass Opfergruppen erst jetzt, Jahrzehnte später, sprechfähig werden, ihre individuellen Erfahrungen als Teil einer systematischen Diskriminierung erkennen und zu artikulieren beginnen, ist einerseits das Ergebnis eines durch entsprechende internationale Bewegungen geförderten Identitätspolitischen Bewusstseins. Zum anderen hat nicht zuletzt Donald Trump zu dieser Entwicklung beigetragen.

Mit seinem seit 2019 bekundeten Interesse an Grönland – die nützlichen Nebeneffekte dieser Unverfrorenheit nimmt man in Nuuk seither gerne an – hat er Dänemark gezwungen, sich all-

mählich von seinem nationalen Selbstbild zu verabschieden, in Grönland stets zum Wohle der Grönländer und zum Ruhme Dänemarks gehandelt zu haben. Bis vor kurzem haben dänische Historiker – mit Verweis auf die Besiedlung Grönlands durch die Wikinger – sogar dessen historischen Status als Kolonie bestritten. Es ist dieser Exzeptionalismus, der einem gleichberechtigten Miteinander bis heute im Wege steht und der selbst von vielen Grönländern so verinnerlicht wurde, dass sie externe Impulse benötigten, um das am eigenen Leibe erfahrene Unrecht überhaupt als solches zu erkennen.

Der Soziologe Aladin El-Mafaalani hat eine These entwickelt, die für die Analyse der grönländisch-dänischen Beziehungen so treffend ist, dass man auf eine baldige Übersetzung seines Buches ins Englische oder Dänische hoffen muss: Phasen, in denen Minderheiten mehr Gleichberechtigung erreichen, sind nicht durch eine Abnahme, sondern durch eine Zunahme an Konflikten gekennzeichnet.<sup>2</sup> Die dänisch-grönländischen Beziehungen seien zerrüttet, an einem Tiefpunkt angelangt, heißt es fast unisono in der dänischen Presse und auch in den Texten deutscher Journalisten, die oft unkritisch die Sichtweise ihrer dänischen Kollegen übernehmen. Zu einem solchen Befund kann indes nur kommen, wer von einer postkolonialen Melancholie befallen ist: der nostalgischen Sehnsucht nach konfliktärmeren Zeiten und dem Gefühl der Trauer über den Statusverlust in postimperialen Gesellschaften.<sup>3</sup>

Gemessen am Grad der erreichten Gleichberechtigung waren die grönländisch-dänischen Beziehungen noch nie so gut wie heute – obwohl sie als konfliktreich empfunden werden können. Grönländer sind in jüngster Zeit sichtbarer und lauter geworden, sei es

2 Aladin El-Mafaalani, *Das Integrationsparadox*, Köln 2018.

3 Paul Gilroy, *Postcolonial Melancholia*, New York 2004.

bei der juristischen Aufarbeitung von Übergriffen, die viele am eigenen Leib erfahren haben, sei es bei der erfolgreichen Forderung nach Umbenennung eines Eiscremeklassikers mit dem als rassistisch empfundenen Namen „Eskimo“ oder bei der Durchsetzung von Grönländisch als Arbeitssprache im dänischen Parlament. Die Regierung von Mette Frederiksen kommt den grönländischen Forderungen seit Jahren in bisher nicht gekannter Weise entgegen. Sie hat erkannt, dass sie den Grönländern, die mehrheitlich nach staatlicher Unabhängigkeit streben und in der Vergangenheit gelegentlich auch mit den USA geliebäugelt haben, mit mehr Respekt begegnen muss, wenn sie sie für den Erhalt der Union mit Dänemark gewinnen will.

### Die Zukunft der Union

Die Union zwischen Dänemark und Grönland müsse sich nicht nur ändern, sie werde sich auch ändern, verkündigte Frederiksen Anfang des Jahres. Inzwischen ist sogar das Modell eines freien Staatenbundes mit doppelter Staatsbürgerschaft denkbar. Ein solches wird von Nuuk seit langem favorisiert, wurde von Kopenhagen aber zumeist als Hirngespinnst abgetan. Die Geschwindigkeit, mit der sich Dänemark seit Trumps erneuten Äußerungen auf Grönland zubewegt, nehme langsam peinliche Züge an, stellte Wahlsieger Jens-Frederik Nielsen noch vor der Wahl fest.

Da konnte er noch nicht ahnen, dass er in Zukunft selbst mit Frederiksen über die Zukunft der Union verhandeln würde. Der Wahlsieg der Demokratit ist vor allem auf ihre Ablehnung des äußerst unpopulären Fischereigesetzes zurückzuführen, das die alte Regierung verabschiedet hatte und das die staatlichen Monopolbetriebe, ein weiteres Erbe der Kolonialzeit, begünstigte. Dass am Ende Niensens Liberale vorne lagen und nicht die unab-

hängigkeitsorientierte und dänemarkkritische Partei Naleraq, hat in Dänemark für Erleichterung gesorgt. So mancher Leitartikler konnte sich die triumphierende Geste nicht verkneifen, Donald Trump habe die Grönländer zur Vernunft gebracht und ihnen angebliche Spinnereien von Autonomie und Staatsgründung ausgetrieben.

Wer so schreibt, verkennt allerdings erstens, dass neben den unzuverlässig gewordenen USA auch andere Akteure, nicht zuletzt die EU, in Zukunft gerne in Grönland investieren würden, und zweitens, dass sich die Demokratit unter Niensens Führung gewandelt hat. Ursprünglich eine Unionspartei, die für den Verbleib im dänischen Staatsverband eintrat, unterscheidet sich Niensens Rhetorik von einer behutsam vorzubereitenden Unabhängigkeit und der Notwendigkeit, historisches Unrecht aufzuarbeiten, kaum noch von der eines Múte B. Egede. Vor allem jüngere Wähler, denen diese Themen wichtig sind, hatten damit erstmals die Möglichkeit, eine Partei zu wählen, die einerseits für wirtschaftsliberale Reformen steht, andererseits aber auch die Bedeutung eines fortschreitenden mentalen Entkolonisierungsprozesses erkannt hat. Diese Kombination ist aufgegangen.

Auf Nielsen wartet eine Mammutaufgabe. Der Prozess hin zu einer Neuausrichtung der Union, vielleicht hin zu einem Modell, das sich bis vor kurzem niemand vorstellen konnte, wird weitergehen. Das ist der positive Effekt des absurden Momentums, in dem sich Grönland derzeit befindet. Der freundliche und perfekt dänisch sprechende Nielsen ist nicht der Falsche, um in den zu erwartenden Verhandlungen mit Kopenhagen viel für seine Landsleute herauszuholen. Schwieriger zu beantworten ist dagegen die Frage, was zu tun ist, wenn Trump wirklich ernst macht. Es ist nur ein schwacher Trost, dass in diesem Fall nicht nur Grönland ein Problem hätte. Die Herausforderung wäre von globalem Ausmaß.